

Freie Demokraten



Landtagsfraktion
Baden-Württemberg **FDP**



**Die FDP-Fraktion im Landtag
Liberaler Politik für Baden-Württemberg**



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die FDP-Landtagsfraktion im deutschen Südwesten blickt auf eine lange und erfolgreiche Geschichte zurück: Seit Bestehen der Bundesrepublik vertreten wir kontinuierlich im Landtag von Baden-Württemberg die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Sinne der Freiheit. Baden-Württemberg trägt die liberale Handschrift wie kein anderes Bundesland.

Das erfordert Willensstärke, Mut und einen klaren politischen Kompass. In all den Jahrzehnten bis zur heutigen täglichen Arbeit ist es uns immer ein Anliegen, ein unverwechselbares politisches Profil zu zeigen. Nur wir bringen ein Bekenntnis zu wirtschaftlicher Freiheit und Wohlstand mit individueller Verantwortung und dem Einsatz für eine offene demokratische Gesellschaft zusammen. Wir trauen

Ihnen am meisten zu, setzen auf die schöpferische Kraft, Umsicht und die Leistung in diesem Land. Dazu bekennen sich immer wieder viele Menschen und können sich darauf verlassen, dass wir auch weiterhin für ihre Interessen engagiert eintreten.

Wir freuen uns, wenn Sie unsere Arbeit auch weiterhin begleiten und unterstützen. Wir stellen uns Ihren Fragen und Argumenten. Demokratische Politik lebt von Engagement, Austausch und Diskussion.

Ihr

Dr. Hans-Ulrich Rülke
Fraktionsvorsitzender



Wir im Parlament

49,1

Jahre ist unser Altersdurchschnitt: damit stellen wir aktuell die jüngste Fraktion

Mit Alena Fink-Trauschel haben wir die jüngste Abgeordnete des Parlaments

Unser Platz ist in der Mitte des Plenums und der Gesellschaft

9 von 18 Abgeordneten sind 2021 neu ins Parlament eingezogen

Der richtige Mix

18

liberale Abgeordnete im Landtag von Baden-Württemberg

Berufliche Vielfalt

Von der Studentin bis zum Pensionär; Angestellte und Unternehmer, Lehrer und Hochschulprofessor, Richterinnen und Juristinnen, Land- und Forstwirte

Reformkraft mit Profil und parlamentarischer Tradition

Der Liberalismus hat in unserem Land eine lange, bis ins Jahr 1864 zurückgehende Tradition. Die damals im Südwesten gegründete Demokratische Volkspartei (DVP) ging im Jahre 1948 in der auf Bundesebene neu gegründeten Freien Demokratischen Partei (FDP) auf. Wir südwestdeutschen Liberalen führen die Bezeichnung vor diesem historischen Kontext in unserem Namen weiter und gehören als FDP/DVP-Fraktion dem baden-württembergischen Landtag seit seinem Bestehen ununterbrochen an.

Unverwechselbar sind die Grundsätze unseres Handelns: Ein funktionierender Rechtsstaat und Bürgerrechte bleiben für uns der Garant der Frei-

heit. Leistung und Vielfalt schaffen Chancen für jeden. Wir sind uns bewusst, dass Erfindergeist und Wirtschaftskraft die Grundlagen unseres Wohlstands sind. Die Mischung aus Tüchtigkeit, Weltoffenheit und vielen regionalen Eigenheiten macht das Land stark.

Wir stellen uns immer neu die Frage, wie Baden-Württemberg noch besser wird. Wie es lebenswerte Heimat, interessanter Ort für Ideen und Freiraum für eigene Pläne sein kann. Das machen wir in der Verantwortung als Landtagsfraktion, selbstbewusst gegenüber allen Regierungen und aufgeschlossen für die Anliegen der Menschen.

Für die Bürgerinnen und Bürger – unsere Schwerpunkte



Unsere Aufgabe als Oppositionsfraktion, das Handeln der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen zu hinterfragen und zu kontrollieren, nehmen wir ernst. Wichtig ist für uns außerdem, unsere Standpunkte so nachdrücklich in Parlament und Öffentlichkeit zu vertreten, dass diese zur Umsetzung gelangen.

Es ist für uns ein zentrales Anliegen, Ökologie, Ökonomie und die soziale Marktwirtschaft so miteinander zu verbinden, dass die wirtschaftliche Kraft des Landes erhalten bleibt und Baden-Württemberg in eine gute Zukunft geführt wird. Wir wissen, eine gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik. Ein Schlüssel hierzu liegt in der technologieoffenen Ge-

staltung der Mobilitäts- und Energiepolitik. Wir wollen **ermöglichen statt verbieten**. Nur wenn wir innovativen Unternehmen die besten Rahmenbedingungen bieten, entstehen intelligente, effiziente Lösungen aus den Tüftlerwerkstätten unserer heimischen Industrie, die weltweit zum Einsatz kommen. Nur mit Technologieoffenheit stellen wir sicher, dass Millionen von Fahrzeugen, die jetzt und zukünftig auf unseren Straßen unterwegs sind, mit klimafreundlichen Kraftstoffen versorgt werden können.

Als Bundesland mit der geringsten Windhöufigkeit wird Baden-Württemberg auch zukünftig Energie importieren müssen. Hierfür benötigen wir internationale Kooperationen, um – idealerweise mit baden-württembergischer Technik – Energie dort klimafreundlich zu gewinnen, wo sie reichhaltig vorhanden ist. So können wir die notwendige Transformation hin zur Klimaneutralität meistern, während gleichzeitig die

Arbeitsplätze, die Wertschöpfung und die wirtschaftliche Kraft in unserem Bundesland erhalten bleiben. Für uns gilt: **So viel Klimaschutz pro Euro wie möglich** – marktwirtschaftlich, technologieoffen, undogmatisch und mit einem klaren Bekenntnis zur individuellen Mobilität.

Baden-Württemberg wird gerne als „Land der Tüftler und Denker“ bezeichnet. Statt immer neuer, starrer Regelkorsette von zweifelhaftem Nutzen, benötigen unsere „hidden champions“ ebenso wie unsere international bekannten Weltmarktführer aber bürokratische **Entschlackung** und einen Kraftakt bei der **Digitalisierung**. Wir brauchen Tempo und den Abbau schwerfälliger, bürokratischer Hemmnisse, die den Fortschritt bremsen.

Und: Nachhaltigkeit betrachten wir allumfassend. Dazu gehören zwangsläufig **solide Finanzen**. Geld, das heute für Konsumausgaben verwendet wird, kann morgen nicht mehr

investiert werden. Deshalb haben wir stets ein Auge darauf, wofür Ihre Steuergelder ausgegeben werden. Nur mit soliden Finanzen und maßvoller Haushaltspolitik ist gewährleistet, dass wir unseren Kindern ein handlungsfähiges Land hinterlassen, das nicht von der Schuldenlast erdrückt wird.

Wo wir jedoch nicht sparen, sondern investieren wollen, ist in die Köpfe unserer Jüngsten. Wir stehen für ein vielgliedriges **Schulsystem** mit der richtigen Schule für jedes Kind anstatt der einen Schule für alle. Wir wollen ermöglichen, nicht einschränken. Für jeden Bildungsweg und jede Berufswahl wollen wir unvoreingenommen Anerkennung und Ausbildung bieten, so dass jede und jeder seines eigenen Glückes Schmied sein kann. Das gilt insbesondere auch für den Bereich des Handwerks und der beruflichen Bildung. Denn ein Meister ist für uns gleich viel wert wie ein Master.



Dr. Christian Jung



Friedrich Haag



Hans Dieter Scheerer

Mobilität braucht Freiheit

Wir Freie Demokraten im Landtag von Baden-Württemberg stehen für eine moderne Verkehrspolitik. Technische Innovationen und Digitalisierung sehen wir als elementare Bausteine, um die Mobilität mit den Erfordernissen der Zukunft in Einklang zu bringen. Dabei setzen wir auf **alle Verkehrsträger** und wollen deren Attraktivität erhöhen. Denn wir trauen es den Bürgerinnen und Bürgern zu, dass sie je nach Situation das für sie passende Verkehrsmittel wählen, ohne dass es einer bevormundenden Verbotspolitik bedarf. Deshalb sind symbolträchtige Forderungen wie ein Verbot von Flügen mit uns nicht zu machen. Eine hohe

Attraktivität von Bus und Bahn, moderne Fahrradangebote und ein bedarfsgerechtes Straßennetz lassen sich mit einer gelungenen Digitalisierung zu dynamischen Reiseketten verknüpfen. So sieht für uns die Zukunft der Mobilität aus: Vernetzt, automatisiert und digital.

Auch den Klimaschutz im Mobilitätsbereich denken wir umfassend. Deshalb legen wir großen Wert auf **Technologieoffenheit**. Die Politik muss Ziele setzen. Es ist jedoch weit verfehlt, nur einen einzigen Weg als gangbar zu bezeichnen. Es muss also mehr als nur batterieelektrische



Moderne Verkehrspolitik denkt Mobilität vernetzt.

Antriebe geben. Deshalb setzen wir auf den deutlichen Ausbau der Wasserstoffwirtschaft. Denn nur alternative Kraftstoffe wie beispielsweise **E-Fuels** sind in der Lage, auch den Fahrzeugbestand weitgehend klimaneutral zu machen.

Wir Freie Demokraten wissen, wie wichtig die leistungsfähige Infrastruktur für die **Logistik** ist. Deshalb kümmern wir uns mit Nachdruck um die Verbesserung des sogenannten „Kombinierten Verkehrs“ (Straße, Schiene und Wasser).



Mehr zum Thema finden Sie auf unserer Internetseite.



Nikolai Reith



Hans Dieter Scheerer



Prof. Dr. Erik Schweickert

Wirtschaft: Für den Wohlstand von morgen

Die Wirtschaft vor Baden-Württemberg steht vor enormen Herausforderungen: Die Corona-Pandemie mit zahlreichen Einschränkungen und Auflagen, die sich wandelnde Struktur der Globalisierung sowie die Auswirkungen von Digitalisierung und Defossilisierung bedeuten für Unternehmen und ihre Beschäftigten tiefgreifende Veränderungen. Besonders betroffen sind mittelständische Unternehmen – regional verankert, oft inhabergeführt, aber global agierend, auf internationalen Handel angewiesen und in ihrem Bereich häufig Weltklasse. Wir setzen uns dafür ein, dass alle, große und kleine Unternehmen, diese Veränderungen erfolgreich meistern werden.

Die Basis für den Wohlstand von Baden-Württemberg liegt in den Betrieben, Fabrikhallen und Beschäftigten im ganzen Land, die Politik muss dafür sorgen, dass dieser auch morgen und unter neuen Rahmenbedingungen noch möglich ist.

In unserem Schwerpunktthema „Zukunft für Innenstadt und Einzelhandel“ kümmern wir uns daher in Expertengesprächen, parlamentarischen Initiativen und insbesondere bei Vor-Ort-Besuchen in Städten im ganzen Land um die Belange von Kommunen, Handelsvereinigungen, Geschäftsinhabern und Gastronomen. Wir hören vor Ort bei den Betroffenen

von deren Problemen und transportieren diese in den Landtag und zur Landesregierung. Ziel ist es, lebenswerte und attraktive Innenstädte zu sichern und dem stationären, oft auch inhabergeführten Einzelhandel eine Zukunft zu geben. Diesem muss im Sinne einer **Wettbewerbsgerechtigkeit** gleiche Marktbedingungen mit global agierenden Online-Versendern geboten werden.

Die Wirtschaft von morgen entsteht heute – und dies insbesondere durch **Start-ups**. Diese Neugründungen entwickeln fortschrittliche Technologien und führen diese in den Markt ein. Sie regen aber auch bestehende Unternehmen zur Weiterentwicklung und

zur Anpassung an neue Zeiten an. Damit spielen sie eine wichtige Rolle für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Sicherung unseres Wohlstands. Für erfolgreiche Start-ups möchten wir ein breites, diversifiziertes Angebot an Finanzierungen realisieren – von staatlicher Förderung über Risikokapital bis zum finanziellen Engagement durch Privatpersonen, die auf eigene Initiative in junge Unternehmen investieren.

Die Verfügbarkeit einer ausreichenden Anzahl an guten Arbeits- und Fachkräften ist ein entscheidender Faktor für die Wirtschaft. Dafür ist eine umfassende **Arbeitskräftestrategie** notwendig. Diese muss die Aspekte

Bildung – von der Schule über die berufliche und akademische Bildung bis zur Weiterbildung im und neben dem Beruf – integrieren, darf aber auch die qualifizierte Zuwanderung von Arbeitskräften sowie eine zielgerichtete Arbeitsmarktpolitik nicht vernachlässigen.

Die Basis für die Wirtschaft von morgen und damit dem zukünftigen Wohlstand in Baden-Württemberg wird heute gelegt. Es bleibt keine Zeit, sich auszuruhen. Stattdessen wollen wir die Herausforderungen proaktiv anpacken und bereits heute Lösungen für morgen entwickeln.



Der Mittelstand ist das Herz der baden-württembergischen Wirtschaft.



Mehr zum Thema finden Sie auf unserer Internetseite.



Frank Bonath



Klaus Hoher



Daniel Karrais

Liberaler Klimapolitik: Ökonomie und Ökologie verbinden

Energie- und Klimakrise sind die größten Herausforderungen unserer Zeit. Mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine und dem Einsatz von Energie als Waffe in einem Wirtschaftskrieg hat Russland die Abhängigkeiten deutlich aufgezeigt. Die Auswirkungen des Klimawandels verschärfen die Energiekrise weiter. Statt Denkverbots, ist hier vorausschauendes und entschlossenes Handeln gefragt. Die Chance

liegt in technologischem Fortschritt und der intelligenten Verzahnung von Ökonomie und Ökologie bei klima-, umwelt- und energiepolitischen Maßnahmen: Unser Land muss zum Vorreiter für den Export klimafreundlicher Technologien werden.

Dabei wenden wir uns gegen jede Form von Verbots- und Sanktionspolitik mit moralischem Zeigefinger.

Wir maßen uns auch nicht an, technologische Entwicklungen der nächsten 50 Jahre voraussehen zu können. Der technische Fortschritt bietet vielfach noch ungeahnte Chancen für die **Energieeffizienz**, die Erzeugung von sauberer, preiswerter Energie und für den Klimaschutz.

Für uns liegt der Schlüssel in der Erhöhung der Energieeffizienz – jede

Kilowattstunde, die eingespart wird, verursacht keine Kosten, beansprucht keine Ressourcen und emittiert kein CO₂. Gleichzeitig muss regenerativer Strom dort erzeugt werden, wo die Standortverhältnisse den höchsten Wirkungsgrad und die geringsten Kosten bei vergleichbaren Umweltstandards ermöglichen.



Windkraft an windstillen Orten bringt uns nicht weiter. Wir müssen unsere regionalen Potenziale, zum Beispiel **Biogas**, vollumfänglich ausschöpfen und auch den Schatz der tiefen **Geothermie**, den wir im Land haben, heben.

Beim **Wasserstoff** haben wir den Anspruch, dass unser Land Weltspitze wird. Neben seinem großen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele, können mit Wasserstoff-Technologien gleichzeitig Arbeitsplätze in Baden-Württemberg gesichert werden.

Mit der Weiterentwicklung von Technologien zur CO₂-Abscheidung und Verwendung (**CCUS**) können wir nicht vermeidbare CO₂-Emissionen speichern oder nutzen, auch diese Technologien müssen wir daher voranbringen.

Bei aller Technologie dürfen wir unseren größten natürlichen CO₂-Speicher nicht vergessen: Unsere Bäume und Mooren dienen als **natürliche Senken**, indem sie einen Teil des CO₂ aus der

Luft speichern. Grundlage hierfür ist die aktive Waldbewirtschaftung und die Renaturierung von Mooren.

Zur Anpassung an den Klimawandel müssen zudem auch die Kommunen beim Aufbau **klimaresilienter** Städte besser unterstützt werden. Innovative Verfahren für Böden und Pflanzen, die resistenter gegen extreme Wetterbedingungen sind, dürfen nicht mehr ausgebremst werden.

Liberaler Klima-, Umwelt- und Energiepolitik basiert auf Vernunft und wissenschaftlichen Fakten. Sie nimmt die Menschen mit, schafft Versorgungssicherheit, Wertschöpfung sowie neue Beschäftigungschancen.



Mehr zum Thema
finden Sie auf unserer
Internetseite.



Dr. Timm Kern



Dennis Birnstock



Alena Fink-Trauschel

Unsere Mission: Weltbeste Bildung

Die Wirtschaft in Baden-Württemberg spielt in der obersten Liga. Und die Basis für eine Wirtschaft auf oberstem Niveau ist ein Bildungssystem, das nicht den einen Weg für alle, sondern den passenden Weg für jeden bereithält. Jedes Kind ist einzigartig und besonders. Jedes Kind hat besondere Begabungen und nicht jeder ist gleich, lernt gleich oder hat dieselben Interessen.

Die Landesverfassung von Baden-Württemberg garantiert jedem jungen

Menschen – ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage – eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung. Deshalb stehen wir Freie Demokraten für ein starkes, **differenziertes Bildungssystem**, das nicht die „eine-Schule-für-alle“, sondern die passende Schule für jeden beinhaltet. Wichtig hierfür ist, insbesondere Realschulen und allgemein- sowie berufsbildende Gymnasien zu stärken und Haupt- und Werkrealschulen zu „Beruflichen Realschulen“ weiterzuentwickeln.

Inklusion ist für uns ein Herzensthema. Deshalb stehen wir voll und ganz hinter den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren, die tagtäglich mit größtem Engagement gewährleisten, jedem Kind in höchstem Maße gerecht zu werden. Auch die Inklusion an Regelschulen wollen wir voranbringen.

Zudem setzen wir uns für ein gleichberechtigtes **Nebeneinander** sowie maximale **Durchlässigkeit** zwischen beruflicher und akademischer Bildung ein. In diesem Sinne müssen wir Maßnahmen zur Berufsorientierung an allen allgemeinbildenden Schularten intensivieren und die beruflichen Schulen stärken.

Doch die Gewährleistung von Bildungsgerechtigkeit und höchster Bildungsqualität geht nicht ohne die Bildungsexpertinnen und -experten. Wir fordern deshalb maximale **Wertschätzung** für unsere Lehrkräfte. So setzen wir uns im Landtag dafür ein, dass die nach wie vor stattfindende, unwürdige Praxis der Sommerferienarbeitslosigkeit

von befristeten Lehrkräften abgeschafft wird. Gerade in Zeiten eines gravierenden Lehrkräftemangels, verursacht durch eine knapp über ein Jahrzehnt andauernde, verfehlte Personalpolitik, brauchen wir jede motivierte und engagierte Lehrkraft. Sie sind die tragenden Säulen eines funktionierenden Bildungssystems.

Auch die **frühkindliche Bildung** muss stärker in den Fokus, denn Bildungsgerechtigkeit und Bildungsqualität beginnen nicht erst in der Schule. Wir fordern daher, das Problem des großen Personalmangels im Kindertagesbereich durch eine Fachkräfteoffensive, Entlastung des pädagogischen Personals durch Hilfskräfte sowie Bürokratieabbau zu lösen. Nur so können wir bereits den Jüngsten im Land beste Perspektiven für ihre Zukunft bieten.

Unsere Mission lautet daher: Weltbeste Bildung für alle Kinder und Jugendliche und weltbeste Rahmenbedingungen für alle Lehrkräfte und pädagogischen Fachkräfte.



Mehr zum Thema finden Sie auf unserer Internetseite.



Georg Heitlinger



Rudi Fischer



Klaus Hoher

Zukunftsfest: Liberale Landwirtschaft

Risikomanagement, Klimaschutz, Artenschutz, Tierwohl, weniger Pflanzenschutzmittel, Ernährungs-sicherung – die Herausforderungen an die rund 32.500 landwirtschaftlichen Betriebe im Land nehmen stetig zu. Wir sind überzeugt, dass liberale Landwirtschaftspolitik diese Herausforderungen meistern kann, denn wir setzen auf machbare und unbürokratische Lösungen entlang des technischen Fortschrittes. Unser Ziel ist eine Landwirtschaft, die ökonomisch und ökologisch zukunftsfest ist.

Grundsätzlich muss die **Ernährungssicherheit** ein fester Bestandteil der Agrarpolitik werden. Dabei setzen wir uns im Landtag von Baden-Württem-

berg für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft ein.

Beim Thema **Pflanzenschutz** wollen wir Entscheidungen auf Grundlage wissenschaftlicher und fachlich fundierter Expertise treffen. Wir müssen weg von

einer ideologiebasierten Verbotsstrategie, und stattdessen hin zur Erforschung und Erprobung neuer Pflanzenschutzmittel in der konventionellen Landwirtschaft und umweltbelastende Pflanzenstärkungsmittel im Ökolandbau zu verringern. Auch neue Züchtungsmethoden, wie die Genschere CRISPR-Cas müssen zum Einsatz kommen.

Ein weiterer Schlüssel, auch in der Landwirtschaft, liegt für uns in der **Digitalisierung**. Eine Landwirtschaft 4.0 hilft, das Tierwohl zu fördern, Erträge und Ernten zu sichern sowie gleichzeitig ressourcenschonender zu produzieren. Insgesamt bietet unsere liberale Agrarpolitik ein von Rechts- und Planungssicherheit geprägtes, unbürokratisches Investitionsklima als zentrale Stellschraube für zukunftsfeste Landwirtschaft.

Anstatt romantischer Verklärung brauchen wir außerdem wieder mehr seriöses Wissen über die Nahrungsmittelerzeugung.

Wir wollen, dass die **Nutztierhaltung** so artgerecht wie möglich erfolgt. Deshalb setzen wir uns für die Etablierung eines verpflichtenden Tierwohlkennzeichens auf europäischer Ebene ein, das die Haltungsbedingungen für alle Tiere in Europa verbessern kann. Eine weitere Basis ist eine gut ausgestattete Veterinärverwaltung.

Die bessere **Vermarktung** unserer hochwertigen regionalen und saisonalen Produkte verlieren wir ebenfalls nicht aus den Augen. Denn damit unterstützen wir unsere heimischen Betriebe, sorgen für den Erhalt unserer Kulturlandschaft und betreiben wirksamen Klimaschutz.

Wir sind überzeugt: Die enormen Herausforderungen unserer Zeit sind eine einmalige Chance, die Interessen der Landwirtschaft mit dem Umwelt-, Arten- und Naturschutz sowie einer tierwohlgerechten Nutztierhaltung zu vereinen und unseren Beitrag zur globalen Ernährungssicherheit zu leisten.



Mehr zum Thema
finden Sie auf unserer
Internetseite.



Julia Goll



Nico Weinmann



Daniel Karrais



Hans Dieter Scheerer

Bürgerrechte sichern Freiheit und Selbstbestimmung!

Die Wahrung der bürgerlichen Freiheitsrechte ist ein wesentliches Kernanliegen liberaler Politik. Sie schützen den Einzelnen und seine Entscheidungen gegenüber dem Staat und schaffen so Raum für Freiheit und Selbstbestimmung.

Daher treten wir für die Achtung unserer Verfassung, der darin festgelegten

Bürger- und Menschenrechte sowie des Grundsatzes der Gewaltenteilung ein. Freiheit und Sicherheit müssen in einer vernünftigen **Balance** gewahrt werden. Staatliche Maßnahmen dürfen daher nicht mehr an Freiheit kosten, als sie an Sicherheit schaffen. Statt des reflexartigen Rufs nach immer schärferen Gesetzen fordern wir die konsequente Durchsetzung bestehen-

den Rechts ein. Wir setzen auf Bürgerrechte, die auch in Krisenzeiten gelten und nicht als „Privilegien“ abgetan werden, die uns nach Belieben zugeteilt oder vorenthalten werden können. Bürgerrechte müssen auch in einer zunehmend digitalisierten und datengetriebenen Welt aufrechterhalten werden.

Dafür setzen wir uns im Landtag von Baden-Württemberg ein:

- › Eine konsequente Verteidigung der **Bürgerrechte**: Wir lehnen verdachtsunabhängige und flächendeckend gegen alle Bürger gerichtete Überwachungsmaßnahmen grundsätzlich ab.
- › Wir wollen den Einsatz sogenannter **Bodycams** in grundrechtssensiblen Bereichen (etwa Wohnungen) überprüfen und den polizeilichen Einsatz von Drohnen zur Gefahrenabwehr auf eine klare gesetzliche Grundlage stellen.
- › Wir sind konsequent gegen Online-Durchsuchungen („**Staatstrojaner**“) und gegen eine Ausweitung des Präventivgewahrsams über die schon bestehenden 14 Tage hinaus.
- › Wichtig ist uns auch eine große **Wertschätzung** von Justiz, Polizei sowie von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben – diese beschützen die Grundlage unseres sicheren und geordneten Zusammenlebens. Respekt

Staatliche Maßnahmen dürfen nicht mehr an Freiheit kosten, als sie an Sicherheit schaffen.

- und Wertschätzung zeigen sich beispielsweise durch bestmögliche Schutzausrüstung, Materialausstattung und konsequente Strafverfolgung bei Angriffen auf Polizeibeamte, Rettungskräfte und Feuerwehrleute.
- › Wir wollen die Behörden des Landes technisch und personell in die Lage versetzen, **Auskunftsersuchen** von Bürgerinnen und Bürgern schnell und effizient zu beantworten.
- › Wir wollen das baden-württembergische **Informationsfreiheitsrecht** verbessern und bestehende Zugangshürden abbauen.

- › **Freiheitseinschränkungen** durch Maßnahmen der Pandemiebekämpfung dürfen nicht länger andauern, als unbedingt erforderlich, und nicht stärker in die Grundrechte eingreifen, als unbedingt erforderlich. Zudem muss den Bürgerinnen und Bürgern dann immer auch einer verlässliche Perspektive aufgezeigt werden, wie mittelfristig gesellschaftliche Normalität einkehren kann.



Mehr zum Thema finden Sie auf unserer Internetseite.



Daniel Karrais



Julia Goll



Nico Weinmann

Die Digitalisierung als Chance

Die Digitalisierung verändert unsere Gesellschaft in allen Lebensbereichen. Grundlage ist eine moderne, digitale Infrastruktur. Für uns bedeutet Digitalisierungspolitik aber nicht nur Glasfaserausbau, sondern fängt damit erst an. Wir denken Digitalisierung bei allen Politikbereichen mit – von Telemedizin, über die digitale Steuererklärung, die E-Akte, die Digitalisierung gerichtlicher Verfahren, auf Künstlicher Intelligenz basierender Forschung bis hin zu Cybersicherheit, digital unterstützter Landwirtschaft, digital vernetzter

Städte und Verkehrsangebote und einem dem digitalisierten Zeitalter angemessenen Unterricht an Schulen und Hochschulen.

Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern Chance für Fortschritt, Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität, die wir mitgestalten möchten. Unser Ziel ist es, Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen, die es ermöglichen, Gefahren einzuhegen und die Vorteile der Digitalisierung im ganzen Land bestmöglich zu nutzen.

Unter anderem dafür setzen wir uns ein:

- › Flächendeckendes **Glasfasernetz** und 5G-Mobilfunkabdeckung im ganzen Land
- › **Digitales Rathaus** mit datensicheren, datenschutzkonformen und medienbruchfreien Verwaltungsdienstleistungen
- › **Open-Data**: Bereitstellung öffentlicher Verwaltungsdaten für Wirtschaft und Gesellschaft
- › **Digitale Bildung**: Moderne IT-Ausstattung für Schulen und Vermittlung digitaler Kompetenzen.



“ Digitalisierung ist für Menschen, Verwaltungen und Unternehmen von größter Bedeutung. Wir müssen hier vom analogen Entwicklungsland zum digitalen Vorreiter werden.



Mehr zum Thema finden Sie auf unserer Internetseite.



Stephen Brauer



Frank Bonath



Rudi Fischer

Finanzen: Treibstoff einer wirksamen Politik

Die Landesfinanzen sind der Treibstoff einer wirksamen Politik, die sich nicht nur in Ankündigungen ergeht. Daher zeigt der Landeshaushalt viel deutlicher auf, wo eine Regierungskoalition ihre politischen Schwerpunkte setzt, als lange Regierungserklärungen. Am Ende ist es das Geld der Bürgerinnen und Bürger, die in Form von Steuern und Abgaben die öffentlichen Leistungen bezahlen. Daher kommt dem Finanzbereich auch eine besondere Verantwortung zu.

Wir Freie Demokraten legen großen Wert auf den **effizienten Einsatz** der Mittel und schauen zuerst auf die Frage, ob die jeweilige Aufgabe überhaupt vom Staat übernommen werden muss. Vom Land finanzierte Besserwisserei lehnen wir ab, wenn Private oder Kommunen vor Ort Aufgaben besser lösen können. Daher stehen wir auch für eine gute Grundausstattung unserer Stadt- und Landkreise, Städte und Gemeinden.



„Das Personal folgt der Aufgabe“, Ergebnis einer Politik nach diesem Grundsatz wäre ein geringerer Personal- und damit Finanzbedarf des Landes, denn der Personalkostenanteil ist im Land bei fast 40 Prozent. Gleichzeitig wird es für den öffentlichen Dienst immer schwieriger, qualifiziertes Personal zu finden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, notwendiges **Personal** angemessen zu bezahlen, im Gegenzug aber die Stellenzahl niedriger zu halten.

Mit einer konsequenten **Aufgabenkritik** lassen sich dann auch niedrigere Steuern und Abgaben realisieren, etwa bei der Grunderwerbsteuer, wo wir regelmäßig die Absenkung auf 3,5 Prozent fordern, damit insbesondere Familien bei den Kosten für das Eigenheim entlastet werden.

Der Haushalt des Landes ist seit 2011 von 35 auf 60 Milliarden angewachsen: einerseits Ergebnis der guten Zeiten des Aufschwungs, andererseits aber auch Ergebnis der Unfähigkeit

der jeweiligen Landesregierungen, diese Mittel auch für den Abbau der **Altschulden** zu verwenden. Diese verharren seit 2011 bei 45 Milliarden Euro und erhöhten sich im Zuge der Pandemiebekämpfung bis 2022 auf 60 Milliarden Euro. Ein klares Zeichen, dass hier Chancen für eine bessere Aufstellung des Landes verschenkt wurden.

Einsparpotenziale existieren auch bei der Fülle an Gesprächskreisen, Dialogen und Runden Tischen, die am Ende nur dazu dienen, Bürgerbeteiligung zu simulieren, aber dann doch nicht zu einer Politikänderung führen.

Unsere Landtagsfraktion bekennt sich ebenso klar zur **Schuldenbremse**, und wir wenden uns gegen alle Versuche, diese aufzuweichen. Wer dies fordert, gibt gleichzeitig zu, dass er unfähig ist, die notwendigen Schwerpunkte zu setzen und engt die Spielräume künftiger Generationen ein.



Mehr zum Thema finden Sie auf unserer Internetseite.



Jochen Haußmann



Rudi Fischer



Nikolai Reith

Faire Sozialpolitik

Liberaler Sozialpolitik ist Politik der Teilhabe, Chancen- und Leistungsgerechtigkeit: Alle Menschen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, brauchen faire Chancen. Daher stehen wir für:

- › eine gute medizinische und pflegerische Versorgung
- › mehr Teilhabe von benachteiligten Menschen

- › mehr Selbstbestimmung im Alter
- › eine gute Familienpolitik – sie ist die beste Investition in unsere Zukunft
- › liberale Impulse in der Frauen- und Gleichstellungspolitik
- › eine gelingende Integrationspolitik, die fördert und fordert.

In unseren Kindern liegt die Zukunft unseres Landes. Dies erfordert

eine Politik, in deren Mittelpunkt die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und ihrer Familien stehen, insbesondere solche mit besonderem **Unterstützungsbedarf**. Mehr als die Hälfte der erwachsenen Menschen mit schweren Behinderungen werden in der Familie betreut und gepflegt. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Familien eine verlässliche Begleitung und Entlastung, etwa durch Betreuungs- und Beratungsangebote, erhalten.

Außerdem sehen wir es als unsere Aufgabe, die Gesellschaft **inklusiv** und **barrierefrei** zu gestalten – das gilt für den analogen, aber insbesondere auch für den digitalen Bereich. Unser besonderes Augenmerk gilt der Situation der Menschen mit Behinderungen und ihrer Angehörigen.

Die Menschen in Baden-Württemberg haben einen Anspruch auf eine bestmögliche medizinische Versorgung. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein gut funktionieren-

des und für alle Menschen zugängliches **Gesundheitswesen** ist. Das flächendeckende und hochwertige Zusammenspiel aus stationärer und ambulanter Versorgung hat sich dabei bewährt. Wir wollen Telemedizin, Digitalisierung und neue Praxisformen fördern und die Rahmenbedingungen für Heilmittelerbringer verbessern. Unser Land ist ein wichtiger Standort der Medizinprodukte- und Arzneimittelhersteller – diese wollen wir weiter stärken.

Mit der demografischen Entwicklung steigt die Zahl pflegebedürftiger Menschen stark an. Gleichzeitig besteht ein dramatischer Personalmangel in der **Pflege**. Um dies zu bewältigen, brauchen wir eine Stärkung der häuslichen Pflege, mehr Tages- und Kurzzeitpflegeplätze, stationäre Pflegeeinrichtungen und mehr Pflegefach- und Pflegehilfskräfte. Das Land kann hier wichtige Impulse setzen und für die notwendigen Ausbildungsstrukturen sorgen. Für uns ist klar: Überzogene und bürokratische Regelungen be-

hindern die Schaffung neuer Pflegeplätze und innovativer Ansätze in der Pflege.

Als Sozialpolitiker haben wir ein besonderes Herz fürs **Ehrenamt**. Gruppen, Vereine und Einzelne, die sich ehrenamtlich einbringen, verdienen unsere Anerkennung und Unterstützung. Dieses Engagement darf daher nicht durch überzogene steuerliche, datenschutzrechtliche

oder ordnungsrechtliche Regelungen so erschwert werden, dass den vielen Ehrenamtlichen die Energie für ihre eigentliche Tätigkeit verloren geht.



Mehr zum Thema finden Sie auf unserer Internetseite.





Prof. Dr. Erik Schweickert

Bürokratieabbau. Jetzt. Für eine Modernisierung von Baden-Württemberg



Baden-Württemberg steckt voller Potenziale. Ob in der Schule oder im Ehrenamt, im Büro oder Labor, in der Uni oder zu Hause: Überall beweisen die Menschen unseres Landes Kreativität, Erfindergeist und eine Anpack-Mentalität. Doch die Bürokratie bremst sie unnötig aus: Sie leiden unter umständlichen Formularen, unsinnigen Berichtspflichten und nervenaufreibenden Regularien. Zu oft behindert Bürokratie die Freude am Arbeiten, bremst Initiative und Tüftlergeist, verbraucht Nerven und verursacht Kosten.

Es ist Zeit, Baden-Württemberg zu **modernisieren**. Daher haben wir den Bürokratieabbau in Baden-Württemberg zu einem unserer Kernthemen der parlamentarischen Arbeit gemacht. Quer durch alle Bereiche von Wirtschaft bis zur Bildung, von der Verwaltung bis zum Gesundheitssystem, vom Rechtsvollzug bis zu internationalen Kooperationen suchen wir gezielt bürokratische Regelungen, die unsinnig oder unverhältnismäßig

sind. Ziel ist, **überflüssige Regelungen abzuschaffen** oder zumindest signifikant zu erleichtern. Beispiele sind Gesetze oder Verordnungen, welche veraltet sind und heute keine Rolle mehr spielen. Oder Grenzwerte, ab denen eine Berichtspflicht zu erfüllen ist, welche aber problemlos hochgesetzt werden können. Oder einfach ein Zeitraum, wie häufig Auflagen zu erfüllen sind, der verlängert werden kann.

All dies schafft Arbeitserleichterungen und damit Freiräume für das, was wirklich wichtig ist. Dadurch sollen Unternehmen und Bürger, Vereine und Organisationen entlastet werden und neue Energie für ihre eigentlichen Tätigkeiten erhalten.



Wenn auch Sie durch Bürokratie belastet werden, folgen Sie dem QR-Code.



Prof. Dr. Erik Schweickert



Friedrich Haag



Dr. Christian Jung

Landesentwicklung und Wohnen: Mehr Tempo für Bauen und Planung

Landesentwicklung und Wohnen gehen jede Bürgerin und jeden Bürger etwas an, denn hiermit wird die Grundlage für die zukünftige Entwicklung unseres Landes gelegt. Eine schnelle Bearbeitung dieser Themen muss daher oberste Priorität genießen.

Der Mangel an Wohnraum und zu hohe Grundstücks-, Bau- und Mietpreise sind ein enormes Problem für

unser Land. Unternehmen finden keine geeigneten Fachkräfte, weil zu hohe Wohnkosten abschrecken. Für viele junge Menschen wird der Traum vom Eigenheim immer weniger finanzierbar und private Immobilienbesitzer ziehen sich aufgrund einer Überregulierung aus dem Mietmarkt zurück und nutzen ihr Eigentum lieber selbst. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Wir fordern daher eine Politik, die **Bauen** fördert und mehr **Wohnraum** schafft. Dazu müssen Normen und Auflagen reduziert werden. Weniger Regelungen bedeuten weniger Kosten und dadurch geringere Hauspreise und Mieten. Des Weiteren wird sich der Wohnungsbedarf in Baden-Württemberg nur mit Hilfe von Neubauten und privaten Investoren realisieren lassen. Anstatt Vermieter immer

mehr zu gängeln und durch Überregulierung abzuschrecken, muss diesen ein faires Angebot gemacht werden, damit Häuser gebaut und Wohnungen vermietet werden. Und wir brauchen mehr Tempo in der Politik – der von der Landesregierung eingerichtete Strategiedialog soll bis 2027 tagen und wird lange Dialogformate und Austausche beinhalten. Dabei liegen viele Lösungen für mehr Wohnraum bereits auf dem Tisch – wir brauchen mehr Handeln und weniger Reden.

Die Landesentwicklungsplanung (LEP) ist das zentrale Instrument der Landesregierung zur Raumordnung in Baden-Württemberg. Sie bestimmt, wie Raum und Flächen in Baden-Württemberg genutzt werden können und was wo möglich ist. So legt die LEP u.a. die Grundsätze zur Verkehrsinfrastruktur, Hochwasserschutz oder Siedlungsräumen fest und definiert, in welchen Gebieten große Einkaufszentren errichtet werden können, welche Städte welche Einrichtungen vorhalten

dürfen und in welchen Gebieten Windkraft möglich ist.

Der letzte **Landesentwicklungsplan** stammt jedoch aus dem Jahr 2002 und berücksichtigt daher viele Aspekte noch gar nicht: Die Digitalisierung stand damals noch an ihrem Anfang. Es gab keine Smartphones, kein Web 2.0, und heute vielfach diskutierte Themen, wie der notwendige Ausbau der Energieinfrastruktur, standen nicht im Fokus. Daher fordern wir bereits seit Jahren eine Überarbeitung dieses Plans. Nachdem die Landesregierung dies endlich eingesehen und den Prozess angestoßen hat, soll der neue Plan erst 2027 – und damit nicht mehr in der laufenden Legislaturperiode – abgeschlossen sein. Hier fordern wir dringend mehr Tempo.



Mehr zum Thema finden Sie auf unserer Internetseite.





Alena Fink-Trauschel



Julia Goll



Georg Heitlinger

Für Freiheit und Fortschritt in Europa

In dem Bewusstsein, die „Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen“, eine „stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen“ anzustreben und „Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen“, wurden 1957 die Römischen Verträge unterzeichnet. Sie markierten den Beginn eines Zukunfts-

projekts, aus dem nur wenige Jahrzehnte später die Europäische Union hervorgehen sollte. Heute sieht sich die Europäische Union neuen Herausforderungen gegenüber, die die Dringlichkeit neuer Strukturreformen dramatisch verschärfen.

Unser Land profitiert wie keine andere Region in Europa von freiem Handel, kulturellem Austausch und gelebter Freizügigkeit. Als weltbekannter Wirtschaftsstandort hat Baden-Württemberg das Potenzial, treibende Kraft des Wandels in Europa zu werden. Mit unserer Arbeit im Landtag von Baden-Württemberg stehen wir für Freiheit und Fortschritt in Europa und wollen dem Zukunftsprojekt Europa neue Glaubwürdigkeit verleihen. Langwierige Entscheidungsverfahren, undurchsichtige Verantwortlichkeiten, kompliziert gehaltene Regelungen und Strukturstillstand lehnen wir ab. Für uns heißt Europa Bürgerbeteiligung statt Bürokratiebelastung. Bei unserer Arbeit im Landtag konzentrieren wir uns auf:



- › eine gemeinsame **Außen- und Sicherheitspolitik** in Europa, um die Handlungs- und Krisenreaktionsfähigkeit der EU zu stärken
- › die **Modernisierung** der EU-internen Abstimmungsverfahren und die Einführung qualifizierter Mehrheiten bei Abstimmungen im EU-Ministerrat
- › eine möglichst bürgernahe und unbürokratische Umsetzung von **EU-Recht**, bei der der Aufwand für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und öffentliche Hand so gering wie möglich gehalten wird
- › die **Vereinfachung** des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und den Abbau bürokratischer Barrieren bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
- › den Ausbau der regionalen und kommunalen **Mitbestimmung** in Europa und die Verbesserung der grenzüberschreitenden Nutzung kommunaler Infrastruktur
- › eine Stärkung der demokratischen Legitimation der Europäischen Institutionen, sowie die Aufwertung des EU-Parlaments mit einem einheitlichen **Wahlrecht** und staatenübergreifenden Listen
- › eine neue **Partnerschaft** mit Großbritannien und der Schweiz, bei der gesellschaftlicher Austausch, technologische Kooperation und wirtschaftliche Zusammenarbeit im Zentrum stehen.



Mehr zum Thema finden Sie auf unserer Internetseite.



Dennis Birnstock



Stephen Brauer



Dr. Timm Kern



Exzellente Wissenschaft für eine gute Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts

Im weltweiten Wettbewerb kann sich dauerhaft nur behaupten, wer Bildung und Wissenschaft als elementare Standbeine zur Sicherung unseres Wohlstands begreift. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Baden-Württemberg sind exzellent und finden in allen fünf Sparten (Universitäten, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, Duale Hochschule, Pädagogische Hochschulen sowie Kunst- und Musikhochschulen)

national und international höchste Anerkennung.

In der Dezentralität der Hochschul-landschaft liegt für uns ein Schlüssel dieses Erfolgs, der die Fachkräfte von morgen dort ausbildet, wo die starke Wirtschaft im Land zuhause ist. Eine **freiheitliche Forschungspolitik** ist der beste Motor für Innovationen und den Wissenstransfer in Wirtschaft und Gesellschaft. Die schnelle Umsetzung

von Forschungsergebnissen in praxisnahe Lehre sowie in Produkte und Dienstleistungen sind ein essenzieller Beitrag für den Wirtschaftsstandort und die Innovationskraft Baden-Württembergs. Besonders die praxisnahen Forschungsleistungen der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) gilt es anzuerkennen und zu honorieren sowie ihre Rolle als Partner des Mittelstands zu stärken. An diesen Punkten arbeiten wir engagiert.

Wir treten dafür ein, die staatlichen **Forschungsmittel** nicht nur vorrangig der Grundlagenforschung an den Universitäten zufließen zu lassen, sondern auch den HAW zu öffnen. Zur Stärkung der Hochschulfinanzierung wollen wir die Hochschulabsolventen nach Abschluss ihres Studiums in angemessener Höhe an den Kosten ihres Studiums beteiligen und dadurch noch mehr Qualität an den Hochschulen schaffen. Die bisherige einseitige Belastung von internationalen Studierenden kann so endlich überwunden werden. Auch die **Digitalisierung** der

Hochschulen sowie die digitale Lehre müssen weiter vorangebracht und mit den dafür nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Von einer steuerlichen Forschungsförderung und Innovationsgutscheinen versprechen wir uns eine Stärkung der **Forschungsintensität** in kleinen und mittleren Unternehmen. Insgesamt wollen wir ein Gründer- und innovationsfreundliches Klima schaffen. Hierzu treten wir für bürokratische Entlastungen und die Verfügbarkeit von Venture Capital ein.

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, deshalb setzen wir Freie Demokraten uns im Landtag von Baden-Württemberg für **Kunst** und **Kultur** ein. Dabei liegt unser Hauptaugenmerk auf der Kunstfreiheit und die Vielfalt unseres Kulturlebens. Unser Anspruch ist es, Kulturförderung und kulturelle Bildung auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu stärken.



Mehr zum Thema finden Sie auf unserer Internetseite.



Dr. Christian Jung



Dennis Birnstock



Georg Heitlinger



Petitionen: Eine starke Stimme für die Bürgerinnen und Bürger

In einem demokratischen Rechtsstaat kommt dem Petitionsrecht eine besondere Bedeutung zu. Das Petitionsrecht ist in der Landesverfassung in Verbindung mit dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und damit an höchster Stelle verankert. Der Landtag bestellt demgemäß einen Petitionsausschuss, der die Bitten und Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger behandelt. Zudem gibt es auch ein eigenes Gesetz über den Petitionsausschuss des Landtags.

Diese rechtliche Einleitung soll verdeutlichen, welche Errungenschaft das Petitionsrecht ist: Bürgerbeteiligung und Bürgerrechte waren bereits

die wichtigsten Impulse bei der Gründung liberaler Parteien im 19. Jahrhundert. Wohl keine andere Fraktion als wir Freie Demokraten treten seit dieser Zeit für Bürgerrechte und die Verteidigung dieser ein. Dementsprechend ist es gut, wichtig und richtig, dass einzelne Bürgerinnen und Bürger sich mit Angelegenheiten auf Landesebene direkt an den **Landtag** wenden können und in Petitionsverfahren Entscheidungen und Anliegen noch einmal von Grund auf geprüft werden. Die Vertreter unserer Fraktion im Petitionsausschuss nehmen daher diese Petitionen sehr ernst und führen eine sorgfältige **Prüfung** durch.

»
**Petitionen bringen
Verwaltung und Politik zum
nochmaligen Nachdenken.**



Mehr zum
Thema Petitionen
finden Sie hier.



Nikolai Reith



Daniel Karrais

Für eine krisenfeste Gesellschaft

Grundsätzlich dienen vom Parlament eingesetzte Enquete-Kommissionen dazu, Themen mit besonderer Bedeutung vertieft zu bearbeiten, um so zu einer gemeinsamen Handlungsempfehlung zu gelangen. Das Ziel der im Februar 2022 für eine Laufzeit von zwei Jahren vom Landtag eingesetzten Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ ist es das baden-württembergische Gemeinwesen für die Zukunft resilienter und damit krisenfester zu

machen. Dabei soll sich die Kommission insbesondere auf **Handlungsempfehlungen** konzentrieren, die ihre Wirkung nach Abschluss der Enquete entfalten können, auf Landesebene umsetzbar sind und den Fokus auf die Umstände von Krisen setzen.

Die FDP-Landtagsfraktion ist in dieser Kommission mit zwei Abgeordneten sowie einem Sachverständigen vertreten. Anders als die Regierungsparteien, se-

hen wir als ersten Schritt der Enquete-Arbeit die Beurteilung des Corona-Managements der zurückliegenden Jahre, um hieraus für **zukünftige Krisen** zu lernen. Darüber hinaus richten wir den Blick nach vorn auf die Steigerung der Resilienz unserer Wirtschaft (z.B. durch die Sicherung heimischer und internationaler Lieferketten) und die nachhaltige Digitalisierung unserer Gesellschaft. Auch den Abbau von Bürokratie bekräftigen wir in diesem Gremium, um die Belastungen für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen und Verwaltung, vor allem auch in Krisenzeiten, zu reduzieren. Nur so wird es gelingen, Baden-Württemberg resilient und krisenfest zu gestalten.



Ein Untersuchungsausschuss hat die Aufgabe, Sachverhalte, deren Aufklärung im öffentlichen Interesse liegt, zu untersuchen und dem Landtag darüber Bericht zu erstatten. Im Juni 2022 hat unsere Fraktion gemeinsam mit der SPD-Fraktion im Landtag einen solchen **Untersuchungsausschuss** auf den Weg gebracht. Dieser behandelt drei Themen:

- › Vorwürfe der sexuellen Belästigung in Landesbehörden insgesamt und gegen den Inspekteur der Polizei
- › Weitergabe eines Rechtsanwaltschreibens durch den Innenminister
- › Die Beförderungspraxis innerhalb der Polizei Baden-Württemberg.

Gegen Machtmissbrauch

Der Untersuchungsausschuss dient der öffentlichen Aufklärung.

Grundlage waren die bekannt gewordenen Vorwürfe gegen den höchsten Polizeibeamten im Land, sexuellen Nutzen aus seiner Machtposition ziehen zu wollen. In diesem Zusammenhang hat Innenminister Strobl eigenmächtig ein Schreiben eines Rechtsanwalts veröffentlicht, welches eigentlich geheim hätte bleiben sollen. Als letzten Baustein fassen wir das System der Beförderungspraxis im Polizeiapparat ins Auge, da

womöglich statt der Bestenauslese persönliche Beziehungen maßgeblich dafür waren, wer in ein hohes Amt erhoben wurde.

Wir sind in dem Untersuchungsausschuss mit zwei Abgeordnetenvertretern und werden die Untersuchungen sachlich und effektiv voranbringen, um diese Sachverhalte im Sinne der Bürgerinnen und Bürger aufzuklären.



Julia Goll



Nico Weinmann



Vor-Ort-Aktivitäten im Land

Der Landtag hat seinen Sitz zwar in Stuttgart, aber unsere Fraktion mit ihren Abgeordneten ist **im ganzen Land unterwegs**:

- › um uns zu informieren, wo der Schuh bei Ihnen, bei Kommunen und Landkreisen drückt
- › um zu diskutieren, welche Maßnahmen auf landespolitischer Ebene Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Verwaltung helfen
- › und um darauf aufbauend mit unseren parlamentarischen Möglichkeiten das Land nach vorne zu bringen.



Bürgerdialog

Unsere Bürgerdialoge dienen dazu, mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern im Land – also auch mit Ihnen – in den politischen Dialog zu gehen: Ihre Sorgen und Nöte, Ihre Ideen und Meinungen sind uns wichtig. Denn nur so können wir diese auch in unsere politische Arbeit im Landtag von Baden-Württemberg einbringen. Nur so können wir uns für Sie einsetzen und gemeinsam unser Land und Ihre Region weiter nach vorne bringen.

Die Bürgerdialoge mit allen Abgeordneten finden regelmäßig in verschiedenen Städten im Land statt – **vielleicht ja auch bald in Ihrer Nähe.**



Webtalks

Wir können nicht immer überall persönlich vor Ort sein. Daher nutzen wir regelmäßig digitale Webtalks für **Diskussionsrunden mit Experten** aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, an denen Sie direkt „aus Ihrem Wohnzimmer“ teilnehmen können – und zwar nicht nur passiv, sondern auch, indem Sie vor oder auch direkt während des Talks Ihre Fragen und Anregungen einbringen.



Veranstaltungen im Landtag

Der Landtag ist der Ort, an dem politische Entscheidungen diskutiert und abgestimmt werden. Der Landtag ist aber auch ein Ort, den wir zur **Begegnung** mit Bürgerinnen und Bürgern nutzen. Ob als „Foyer Liberal“, „Top Talk“ oder für Kongresse – unsere Veranstaltungen stehen Ihnen allen offen.



Informationsreisen der Arbeitskreise

Nichts ist für unsere Abgeordneten wichtiger, als sich ein ausgewogenes und rundum informiertes Bild zu machen, bevor sie ihre Entscheidungen treffen. Regelmäßige **Informationsreisen** zu Institutionen aller Art gehören daher zum politischen Alltag unserer Abgeordneten.





Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL

Fraktionsvorsitzender

T: 0711 2063-9001

hans-ulrich.ruelke@fdp.landtag-bw.de
Wahlkreis Pforzheim

Profil
ansehen



Jochen Haußmann MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer
Stv. Fraktionsvorsitzender
Gesundheitspolitischer Sprecher

T: 0711 2063-9320

jochen.haussmann@fdp.landtag-bw.de
Wahlkreis Schorndorf

Profil
ansehen



Dr. Timm Kern MdL

Stv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Bildung, Hochschulen,
Kirchen und Religionsgemeinschaften

T: 0711 2063-9350

timm.kern@fdp.landtag-bw.de
Wahlkreis Freudenstadt

Profil
ansehen



Nico Weinmann MdL

Stv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Recht, Bevölkerungsschutz
und Medien
Obmann im Parl. Kontrollgremium
T: 0711 2063-9380
nico.weinmann@fdp.landtag-bw.de
Wahlkreis Heilbronn

Profil
ansehen



Julia Goll MdL

Stv. Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Innenpolitik,
Kommunales, Strafvollzug und
Internationale Politik
T: 0711 2063-9220
julia.goll@fdp.landtag-bw.de
Wahlkreis Waiblingen

Profil
ansehen



Dennis Birnstock MdL

Sprecher für Forschung, frühkindliche
Bildung, Jugend und Sport

T: 0711 2063-9210

dennis.birnstock@fdp.landtag-bw.de
Wahlkreis Nürtingen

Profil
ansehen



Frank Bonath MdL

Sprecher für Energie- und
Umweltpolitik, Liegenschaften
und Beteiligungen

T: 0711 2063-9200

frank.bonath@fdp.landtag-bw.de
Wahlkreis Villingen-Schwenningen

Profil
ansehen



Stephen Brauer MdL

Sprecher für Finanzen und Kultur

T: 0711 2063-9300

stephen.brauer@fdp.landtag-bw.de
Wahlkreis Schwäbisch Hall

Profil
ansehen



Alena Fink-Trauschel MdL

Sprecherin für Berufliche Bildung,
Europa, LSBTTIQ, Frauen und Musik

T: 0711 2063-9270

alena.fink-trauschel@fdp.landtag-bw.de
Wahlkreis Ettlingen

Profil
ansehen



Rudi Fischer MdL

Sprecher für Haushalt,
Ländlichen Raum und Senioren

T: 0711 2063-9310

rudi.fischer@fdp.landtag-bw.de
Wahlkreis Münsingen-Hechingen

Profil
ansehen



Friedrich Haag MdL

Sprecher für Wohnungsbau und
individuelle Mobilität

T: 0711 2063-9240

friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de
Wahlkreis Stuttgart II

Profil
ansehen



Georg Heitlinger MdL

Sprecher für Agrarpolitik, Ernährungs-
wirtschaft, Verbraucherschutz,
Wirtschaftliche Entwicklung und
Zusammenarbeit

T: 0711 2063-9230

georg.heitlinger@fdp.landtag-bw.de
Wahlkreis Eppingen

Profil
ansehen





Klaus Hoher MdL

Sprecher für Naturschutz, Land-, Wald- und Forstwirtschaft

T: 0711 2063-9330
klaus.hoher@fdp.landtag-bw.de
Wahlkreis Bodensee

Profil
ansehen



Dr. Christian Jung MdL

Sprecher für Verkehr und Petitionen
Stv. Vorsitzender Landtagsausschuss
für Landesentwicklung und Wohnen

T: 0711 2063-9250
christian.jung@fdp.landtag-bw.de
Wahlkreis Bretten

Profil
ansehen



Daniel Karrais MdL

Sprecher für Digitalisierung und
Klimapolitik
Vorsitzender Landtagsausschuss für
Umwelt, Klima und Energiewirtschaft
T: 0711 2063-9340
daniel.karrais@fdp.landtag-bw.de
Wahlkreis Rottweil

Profil
ansehen



Nikolai Reith MdL

Sprecher für Wirtschaft und Soziales

T: 0711 2063-9290
nikolai.reith@fdp.landtag-bw.de
Wahlkreis Tuttlingen–Donauessingen

Profil
ansehen



Hans Dieter Scheerer MdL

Sprecher für Arbeitsmarkt,
Bundeswehr, Migration, Straßenverkehr
und ÖPNV

T: 0711 2063-9280
hansdieter.scheerer@fdp.landtag-bw.de
Wahlkreis Leonberg

Profil
ansehen



Prof. Dr. Erik Schweickert MdL

Sprecher für Mittelstand, Handwerk
und Tourismus
Vorsitzender Landtagsausschuss für
Wirtschaft, Arbeit und Tourismus
T: 0711 2063-9370
erik.schweickert@fdp.landtag-bw.de
Wahlkreis Enz

Profil
ansehen



Unser Mitarbeiterteam



Für die vielfältigen Aufgaben, die wir
als Landtagsfraktion wahrnehmen,
werden unsere 18 Abgeordnete durch
ein professionelles Team unterstützt:

Ob für Parlamentarische Beratung,
Kommunikation und Präsentation
unserer Arbeit in der Öffentlichkeit

oder als zentrale Anlaufstelle für
Bürgerinnen und Bürger – unsere
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
sind politisch, wissenschaftlich
und gesellschaftlich stets auf dem
neuesten Stand und stehen auch
Ihnen als Ansprechpartner gerne zur
Verfügung!



Die Kontaktdaten unseres
Teams finden Sie auf unserer
Internetseite.



FDP/DVP-Fraktion im Landtag Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 3 · 70173 Stuttgart · T: 0711 2063-9112
E-Mail: post@fdp.landtag-bw.de · www.fdp-landtag-bw.de

   [fdplandtagbw](https://www.instagram.com/fdplandtagbw)

Freie Demokraten



Landtagsfraktion
Baden-Württemberg **FDP**